

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	19
Einleitung und Gang der Untersuchung .....	25
A) Begriffe und Grundlagen .....	33
I. Begriffe .....	33
II. Grundlagen .....	35
1. Die insolvenzrechtliche Ausgangssituation .....	35
a) Ziel des Insolvenzverfahrens .....	35
b) Abgrenzung der verschiedenen Arten von Insolvenzverfahren .....	36
c) Überblick über das Regelinsolvenzverfahren .....	36
d) Die Grundzüge der insolvenzrechtlichen Eigenverwaltung .....	38
e) Entstehungsgeschichte und Hintergründe der Eigenverwaltung .....	38
f) Rechtspolitische Diskussion um den Nutzen der Eigenverwaltung .....	39
g) Ablauf des insolvenzrechtlichen Schutzschirmverfahrens .....	41
(1) Das Schutzschirmverfahren als besonderes Insolvenzeröffnungsverfahren .....	41
(2) Antragstellung und Rechtsfolgen .....	41
(3) Beendigung des Schutzschirmverfahrens .....	44
(4) Grundzüge des Insolvenzplanverfahrens .....	44
h) Ziele des Schutzschirmverfahrens .....	46
i) Unterschiedliche Ausgangslage bei freiwilligem und zwingendem Insolvenzantrag .....	47
j) Schutzschirmverfahren in der Praxis .....	48
k) Zwischenfazit .....	49
2. Präventives Restrukturierungsverfahren außerhalb der Insolvenz nach dem StaRUG (Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen) .....	50
a) Ziele .....	50
b) Ablauf des präventiven Restrukturierungsverfahrens .....	51
c) Zwischenfazit .....	52
3. Die arbeitsrechtliche Ausgangssituation .....	52

a)	Begrifflichkeiten und Definitionen im mitbestimmungsrechtlichen Kontext .....	52
b)	Spannungsverhältnis zwischen betrieblicher und unternehmerischer Mitbestimmung einerseits und unternehmerischer Freiheit andererseits .....	55
(1)	(Verfassungsrechtliche) Grundlagen der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung .....	55
(2)	Unternehmerische Freiheit .....	56
c)	Überblick über die Arbeitnehmerbeteiligung im deutschen Arbeitsrecht .....	58
(1)	Arbeitnehmerbeteiligung auf Unternehmensebene.....	58
(2)	Betriebliche Arbeitnehmerbeteiligung .....	63
(3)	Exkurs: Gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretung .....	65
d)	Geheimhaltungspflichten von Aufsichtsrat, Betriebsrat und Wirtschaftsausschuss.....	66
(1)	Aufsichtsrat.....	66
(2)	Betriebsrat und Wirtschaftsausschuss .....	68
(3)	Rechtsfolgen bei Verstößen .....	70
e)	Überblick über die verschiedenen Formen der Beteiligung des Betriebsrats .....	71
(1)	Mitwirkungsrechte .....	72
(2)	Mitbestimmungsrechte im engeren Sinn .....	73
4.	Insolvenzspezifische arbeitsrechtliche Vorschriften .....	76
a)	Stellung der Arbeitnehmer im Insolvenzverfahren .....	76
b)	Grundsätzliches und Begrifflichkeiten .....	78
c)	Überblick über die einzelnen Modifikationen des insolvenzspezifischen Arbeitsrechts.....	79
(1)	Erleichterte Kündigungsvoraussetzungen für den Arbeitgeber... 80	80
(2)	Beschleunigung des Betriebsänderungsverfahrens, Begrenzung und Widerruf von Sozialplänen .....	81
(3)	Kündigung von Betriebsvereinbarungen § 120 InsO .....	82
d)	Keine (analoge) Anwendbarkeit in der vorläufigen Eigenverwaltung und im präventiven Restrukturierungsverfahren ... 83	83

(1) Vorläufige Eigenverwaltung.....	83
(2) Präventives Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG.....	84
B) Darstellung der arbeitsrechtlichen Situation im Rahmen von Sanierungen innerhalb und außerhalb der Insolvenz .....	87
I. Arbeitnehmerbeteiligung im Vorfeld der Antragstellung im Schutzschildverfahren .....	87
1. Beteiligung von Wirtschaftsausschuss und Betriebsrat.....	87
a) Beteiligung des Wirtschaftsausschusses .....	87
b) Beteiligung des Betriebsrats.....	88
(1) Kein eigenes Informations- und Beratungsrecht .....	88
(2) Kein Zustimmungs- oder Mitbestimmungsrecht.....	89
2. Beteiligung des Aufsichtsrats .....	91
II. Arbeitnehmerbeteiligung im Vorfeld eines präventiven Restrukturierungsverfahrens nach dem StaRUG .....	92
1. Beteiligung von Wirtschaftsausschuss, Betriebsrat und Aufsichtsrat...	92
2. Fazit.....	94
III. Typische arbeitsrechtliche Sanierungsmaßnahmen und Beteiligung des Betriebsrats vor deren Durchführung .....	95
1. Nutzung von vertraglichen Flexibilisierungsinstrumenten .....	95
a) Ausübung von vertraglichen Widerrufsvorbehalten und Einstellung freiwillig gezahlter Leistungen .....	96
b) Inanspruchnahme flexibler Arbeitszeitmodelle.....	97
2. Individualvertragliche Abreden .....	98
3. Kurzarbeit .....	99
4. Kündigung von Arbeitsverhältnissen .....	100
a) Änderungskündigung .....	100
b) Betriebsbedingte Kündigungen .....	101
(1) Allgemeines.....	101
(2) Massenentlassungen .....	102
5. Kündigung von Betriebsvereinbarungen .....	103
IV. Bewertung von Maßnahmen, die nicht dem Katalog des § 111 BetrVG unterfallen .....	104

1.	Mitbestimmungsfreie Sanierungsmaßnahmen .....	104
2.	Fazit.....	104
V.	Beschäftigungs- und Standortsicherungsvereinbarungen.....	106
1.	Rechtlich wirksame Verankerung .....	108
a)	Sanierungstarifverträge .....	108
b)	Betriebsvereinbarungen .....	109
c)	Dreiseitige Vereinbarungen.....	110
2.	Typische Inhalte .....	111
a)	Konzessionen der Arbeitnehmerseite .....	112
b)	Konzessionen der Arbeitgeberseite .....	113
3.	Kündigung der Vereinbarungen durch den Arbeitgeber.....	114
a)	Unterscheidung Betriebsvereinbarung/Tarifvertrag .....	114
b)	Fazit.....	117
4.	Problemaufriss.....	117
VI.	Gefahr eines strategischen Gebrauchs des Schutzschildverfahrens im weiteren Sinne zulasten von Arbeitnehmern?.....	118
1.	Begrifflichkeiten .....	120
a)	Rechtsmissbrauch.....	120
b)	Strategische/ zweckwidrige Nutzung.....	121
c)	Zwischenfazit.....	123
2.	Denkbare Szenarien eines strategischen Gebrauchs im weiteren Sinne .....	123
a)	Zweckwidrige Nutzung am Beispiel der X-GmbH (Szenario 1).....	123
b)	Strategische Nutzung im engeren Sinne am Beispiel der Y-GmbH (Szenario 2) .....	125
c)	Zwischenfazit.....	126
3.	Einschätzung der Gefahr eines strategischen Gebrauchs im weiteren Sinne zulasten von Arbeitnehmern in der Praxis.....	126
4.	Schutz der Arbeitnehmer durch insolvenzrechtliche Instrumente? ...	128
a)	Prüfung des Rechtsschutzinteresses durch das Insolvenzgericht ...	128
b)	Arbeitnehmervertreter im (vorläufigen) Gläubigerausschuss .....	130

(1)	Grundsätzliches zum (vorläufigen) Gläubigerausschuss .....	130
(2)	Die Rolle des Arbeitnehmervertreters im (vorläufigen) Gläubigerausschuss .....	132
c)	Keine eigenen Rechtsmittel der Arbeitnehmer im Eröffnungsverfahren .....	134
d)	Vetorecht der Arbeitnehmer im Rahmen der Abstimmung über den Insolvenzplan .....	134
5.	Schutz der Arbeitnehmerinteressen durch arbeitsrechtliche Instrumente und Verringerung des arbeitsrechtlichen Arbeitnehmerschutzes durch das insolvenzspezifische Arbeitsrecht? .....	135
a)	Anhörung des Wirtschaftsausschusses und mittelbare Beteiligung des Betriebsrats .....	135
b)	Keine (analoge) Anwendbarkeit des insolvenzspezifischen Arbeitsrechts im Eröffnungsverfahren .....	136
c)	Vorschriften zur Betriebsänderung .....	136
(1)	Schutz aufgrund direkter Anwendung .....	136
(2)	Indirekter Schutz bei Sanierungen ohne Betriebsänderung.....	138
d)	Schutz bei vertragswidrigem Verhalten im Falle einer Beschäftigungszusage .....	140
(1)	Schadensersatzanspruch der gekündigten Arbeitnehmer bei Kündigung durch den Arbeitgeber nach Verfahrenseröffnung ...	140
(2)	Unterlassungsanspruch der Gewerkschaften bei Kündigung vor Verfahrenseröffnung .....	141
e)	Kündigung von Betriebsvereinbarungen nach § 120 InsO.....	142
6.	Kein Schutz durch Beteiligung des Aufsichtsrats .....	142
7.	Zusammenfassung und Bewertung .....	143
VII.	Gefahr eines strategischen Gebrauchs des präventiven Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG zulasten von Arbeitnehmern? .....	144
C)	Die Beteiligung der Arbeitnehmervertreter als Prävention eines zweckwidrigen Gebrauchs und als „Verfahrenshilfe“ .....	147
I.	Vor- und Nachteile einer erweiterten Beteiligung .....	147
1.	Argumente für eine frühe Beteiligung .....	147

a)	Positive Ausgangslage zwischen Betriebsparteien für erfolgreiche Sanierung zwingend erforderlich .....	147
(1)	Erforderliche Beiträge des Betriebsrats im Vorfeld der Vorlage des Insolvenzplans .....	148
(2)	Vorlage der Bescheinigung nach § 270d Abs. 1 S. 1 InsO und „Pre-Packaged-Plan“ .....	150
(3)	Arbeitnehmerbeiträge hinsichtlich des Insolvenzplans .....	152
(4)	Erhöhung der Chancen auf eine Einigung im Rahmen eines Interessenausgleichs .....	153
b)	Verhinderung des Verlustes von Leistungsträgern und Mitarbeitern in Schlüsselpositionen .....	154
(1)	Zentrale Bedeutung von Leistungsträgern für die erfolgreiche Sanierung .....	154
(2)	Erhöhung des Konfliktpotentials in der Krise .....	155
(3)	Reduzierung des Konfliktpotentials .....	156
(4)	Besonderheiten im präventiven Restrukturierungsverfahren ...	158
c)	Bestimmung des Arbeitnehmervertreters im vorläufigen Gläubigerausschuss .....	158
d)	Arbeitnehmer als Kontrollinstanz.....	159
(1)	Grundzüge zum Whistleblowing.....	160
(2)	Whistleblowing im engeren Sinne und aufgrund der Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie zu erwartende gesetzliche Neuerungen .....	161
(3)	Kontrolle durch Arbeitnehmervertreter im Fall eines zweckwidrigen Gebrauchs des Schutzschildverfahrens .....	163
(4)	Präventives Restrukturierungsverfahren .....	165
e)	Erhöhte Rechtssicherheit .....	165
2.	Argumente gegen eine frühe Beteiligung .....	167
a)	Risiken bei frühzeitiger Unterrichtung der Arbeitnehmervertreter bzgl. des geplanten Sanierungsvorhabens .....	167
(1)	Mögliche negative Auswirkungen auf das Sanierungsvorhaben .....	167

(2) Keine hinreichende Abhilfe durch Verschwiegenheitspflicht der Arbeitnehmervertreter.....	169
b) Ausreichende Beteiligung <i>de lege lata</i> .....	172
c) Keine hinreichende Qualifikation der Betriebsratsmitglieder im Einzelfall .....	173
3. Stellungnahme.....	173
a) Ausweitung der Beteiligung im Vorfeld der Beantragung des Schutzzschirmverfahrens .....	173
b) Erweiterung der Beteiligung vor der Anzeige gegenüber dem Restrukturierungsgericht .....	177
4. Fazit.....	178
<b>II. Zulässigkeit einer kollektivvertraglichen Regelung.....</b>	<b>179</b>
1. Erweiterung der Beteiligung der Rechte des Betriebsrats oder des Aufsichtsrats? .....	179
2. Grundlagen zur Betriebsvereinbarung und zum Tarifvertrag .....	180
a) Grundlagen zur Betriebsvereinbarung .....	180
b) Grundlagen des Tarifvertragsrechts .....	181
(1) Allgemeines.....	181
(2) Loslösung von bestehenden Tarifverträgen.....	182
c) Rolle der Gewerkschaften in der Betriebsverfassung .....	183
d) Das Verhältnis der Betriebsvereinbarung zum Tarifvertrag .....	184
3. Erweiterung der Beteiligungsrechte durch Betriebsvereinbarung .....	185
a) Funktionelle Zuständigkeit und freiwillige Betriebsvereinbarung ...	185
b) Rechtspolitische Diskussion.....	186
(1) Argumente gegen eine Erweiterung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.....	186
(2) Argumente für eine Erweiterung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.....	187
c) Stellungnahme und Rechtsprechung des <i>BAG</i> .....	188
d) Grenzen.....	191
4. Erweiterung der Beteiligungsrechte durch Tarifvertrag .....	193
a) Rechtspolitische Diskussion.....	193

(1) Argumente gegen eine Erweiterung.....	193
(2) Argumente für eine Erweiterung .....	195
b) Rechtsprechung des <i>BAG</i> .....	196
c) Stellungnahme.....	197
d) Verfassungsrechtliche Grenzen .....	200
5. Fazit .....	202
III. Mögliche inhaltliche Ausgestaltungen .....	203
1. Zulässiger Umfang und Zweckmäßigkeit einzelner Erweiterungsmöglichkeiten im Vorfeld der Antragstellung .....	204
a) Absolutes Vetorecht ohne Konfliktlösungsmechanismus.....	205
b) Beteiligung in Form eines Mitbestimmungsrechts im engeren Sinne .....	207
(1) Echtes Mitbestimmungsrecht und Zustimmungs- bzw. Zustimmungsverweigerungsrecht .....	207
(2) Widerspruchsrecht .....	209
c) Beteiligung in Form eines Mitwirkungsrechts, insbesondere vorherige Zuleitung des Sanierungskonzepts an den Betriebsrat...	210
2. Sondersituation bei einer im Vorfeld der Antragstellung erteilten Beschäftigungszusage .....	212
a) Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich der Antragstellung in einem vorinsolvenzlichen Interessenausgleich im Rahmen einer Betriebsänderung außerhalb der Insolvenz .....	212
(1) Rechtsnatur des Interessenausgleichs .....	213
(2) Zulässigkeit eines Zustimmungsvorbehalts zur Antragstellung .....	214
b) Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich Kündigungen, die entgegen einer Beschäftigungszusage ausgesprochen werden .....	216
(1) Allgemeine Zulässigkeit.....	217
(2) Verdrängung durch § 113 InsO? .....	218
3. Weitere Vorschläge zur Ausweitung der Beteiligung von Arbeitnehmervertretern.....	220
a) Verschiedene Vorschläge zur Modifikation des Eröffnungsverfahrens .....	220

(1)	Gewährung eines Rechtsmittels für Arbeitnehmer(vertreter) ...	220
(2)	Erweiterte gerichtliche Kontrolle auf zweckwidrige Absichten des Antragstellers .....	221
(3)	Erhöhte Anforderungen an die Bescheinigung nach § 270d Abs. 1 InsO .....	221
(4)	Stärkung der Rolle des Sachwalters .....	222
b)	Keine Berufung des Schuldners auf § 113 InsO bei widersprüchlichem Verhalten nach erteilter Beschäftigungszusage .....	223
(1)	Grundsätzliches zur Widersprüchlichkeit früheren Verhaltens und zu den rechtlichen Folgen .....	223
(2)	Anwendung des Rechtsgrundsatzes auf die gegenständliche Konstellation .....	225
4.	Zu beteiligendes Organ .....	227
(1)	Zuleitungs- und Beratungserfordernis vor der Antragstellung ...	228
(2)	Zustimmungsvorbehalte hinsichtlich der Antragstellung und hinsichtlich Kündigungen des Arbeitgebers entgegen einer Beschäftigungszusage .....	228
5.	Fazit.....	229
IV.	Folgerungen für die Regelung in einer kollektivvertraglichen Vereinbarung und inhaltliche Ausgestaltung .....	230
1.	Normierung in einer Betriebsvereinbarung oder einem Firmentarifvertrag .....	231
a)	Regelung in Beschäftigungssicherungsvereinbarung (Sanierungstarifvertrag oder entsprechender Betriebsvereinbarung) .....	231
b)	Grundsätzliche Unterschiede zwischen Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag .....	232
c)	Gegenüberstellung einer Regelung in einem Firmentarifvertrag und einer Betriebsvereinbarung im konkreten Fall .....	233
2.	Normierung in einer Regelungsabrede .....	235
a)	Grundsätzliches zur Regelungsabrede .....	235
b)	Normierung der erweiterten Beteiligungsrechte in einer Regelungsabrede? .....	236

3.	Konkrete Inhaltliche Ausgestaltung .....	237
a)	Zustimmungsvorbehalt zu Kündigungen .....	237
b)	Zuleitung und Anhörung .....	238
c)	Zustimmungserfordernis zur Antragstellung.....	238
V.	Zu möglichen Regelungen auf der Ebene des Individualarbeitsvertrags .....	239
VI.	Folgerungen für einen etwaigen gesetzlichen Regelungsbedarf .....	240
1.	Pauschale gesetzliche Regelung, die eine Arbeitnehmerbeteiligung vorschreibt .....	240
a)	Zuleitungs- und Beratungserfordernis vor Antragstellung .....	240
b)	Allgemeiner Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich Kündigungen und hinsichtlich der Antragstellung .....	243
2.	Möglicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf zur Erleichterung der Regelung der Problematik im Rahmen von Kollektivvereinbarungen? .....	244
D)	Ergebnisse und Schlussbetrachtung .....	245
I.	Zentrale Ergebnisse der Untersuchung in Thesenform.....	245
1.	Ergebnis 1 .....	245
2.	Ergebnis 2 .....	246
3.	Ergebnis 3 .....	247
4.	Ergebnis 4 .....	248
5.	Ergebnis 5 .....	248
6.	Ergebnis 6 .....	249
7.	Ergebnis 7 .....	249
8.	Ergebnis 8 .....	250
9.	Ergebnis 9 .....	251
II.	Weitere Forschungsperspektiven und Anschlussfragen .....	252
Literaturverzeichnis.....		253
Internetquellen .....		273